

Morwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Curzon gegen Mussolini.

London, 5. September. (CP.) Lord Curzon empfing am Dienstag von neuem den italienischen Botschafter. Man glaubt, daß Curzon Mussolini eingeladen hat, seine gegenwärtige Haltung bezüglich der Kompetenz des Völkerbundes in dem italienisch-griechischen Konflikt aufzugeben. Vorher hatte Lord Curzon mit mehreren Ministern Besprechungen und hat sich mit Baldwin in Verbindung gesetzt. Man erklärt, daß England in Genf den Standpunkt der griechischen Regierung vertreten werde, daß die Befehung von Korfu durch eine Großmacht eine Gefahr für den Balkanfrieden darstelle. England solle aber damit einverstanden sein, den Streitfall der Botschafterkonferenz zu unterbreiten unter der Bedingung, daß der Völkerbund einen dahingehenden Beschluß faßt.

Der Streitfall vor der Botschafterkonferenz.

Paris, 5. September. (M.B.) Die „Matin“ meldet, wird die Botschafterkonferenz heute vormittag, fast zu gleicher Zeit wie der Völkerbundrat, zusammentreten, um sich mit dem italienisch-griechischen Streitfall zu beschäftigen. „Matin“ glaubt zu wissen, daß die gestern angekommene griechische Antwort an die Botschafterkonferenz für wenig befriedigend gehalten wird. Besonders der Vorschlag Griechenlands, die Untersuchung der Mordtat von Janina einer griechischen Kommission anzuvertrauen, an deren Spitze ein Neutraler stehen soll, werde schwerlich von allen Mitgliedern der Kommission angenommen werden.

London zur Drohung Mussolinis.

London, 4. September. (M.) Zu der Drohung Mussolinis, Italien werde unter Umständen aus dem Völkerbund ausscheiden, wird in Londoner Kreisen hervorgehoben, daß nach dem Statut des Völkerbundes die ihm beigetretenen Mächte ihre eingegangenen Verpflichtungen nicht so leicht beiseite setzen können. Der erste Artikel des Völkerbundsstatuts erklärt ausdrücklich, daß Mitglieder des Völkerbundes nur austreten können, nachdem sie zwei Jahre vorher ihre Absicht bekanntgegeben haben, und auch nur dann, wenn sie alle ihre internationalen Verpflichtungen und alle anderen Verpflichtungen unter dem Statut zurzeit ihres Austritts erfüllen. Wenn der Völkerbundrat irgendeine Aktion zu unternehmen gedenkt, so würde diese in keiner Weise durch irgendwelche Schritte berührt werden, für die sich Italien vielleicht entschließen mag. In Großbritannien würde man irgendeine vorläufige Aktion Italiens bestimmt sehr bedauern.

Mussolini und der Völkerbund.

Moskau, 4. September. (CP.) Mussolini hat einem griechischen Journalisten, als dieser ihn über seine Ansicht hinsichtlich des internationalen Gerichtshofes in bezug auf den griechisch-italienischen Streitfall befragte, erklärt, das italienische Volk liebe den Völkerbund aus vielen guten Gründen nicht. Wir achten seinen Zweck, aber ich bestreite seine Zuständigkeit, sich in eine Angelegenheit einzumischen, welche die Ehre Italiens angeht. Dieser Fall ist im Völkerbundsstatut nicht vorgesehen, weil keine Kriegsgefahr besteht. Auf die Frage, was Italien tun würde, wenn der Völkerbund protestiert, erwiderte Mussolini, er würde einen Protest nicht zulassen. Dann fuhr er fort: Ich könnte die Beteiligung Italiens am Völkerbund kündigen, obwohl dieser sich kürzlich durch einen der besten Staatsmänner Italiens verstärkt habe. Die Gefahr eines neuen Balkankrieges sei vollständig ausgeschlossen. Meine Politik ist durchaus freundlich. Ich weiß, daß die Welt seit langer Zeit den Frieden nötig hat. Die Befehung von Korfu habe ich beföhlen, weil ich ein Pfand bis zur Erfüllung meiner Forderungen durch Griechenland haben wollte. Zum Schluß sagte Mussolini, daß er keine weiteren Sanktionen zu ergreifen gedenke, es sei denn, daß Griechenland italienische Staatsangehörige oder italienischen Besitz angreifen würde. In diesem Falle würden natürlich sofort militärische Sanktionen eingeleitet werden.

Die Mordtat in Albanien.

Athen, 5. September. (M.B.) In einer Bekanntmachung ist die Befehung für die Entdeckung der Mörder der italienischen Militärmission auf 1 Million Drachmen festgesetzt worden. Ein Telegramm des Generalgouverneurs von Epirus gibt den Bericht des Unterpräfekten von Philates wieder und sagt, daß kurz vor dem Verbrechen eine Bande von 13 mit Mauerpistolen bewaffneten Albanern in den Dörfern Stefari und Smerto auf der Straße Philates-Saglada erschienen sei und sich mit großer Sorgfalt in den Dörfern verborgen gehalten habe. Ein Muselman von Philates teilte den Behörden mit, daß er eine albanische Bande bei Konispolis gesehen habe, die nach dem Verbrechen wieder nach Albanien zu gelangen versuchte.

Nach dem Telegramm eines Unterpräfekten der Präfektur Janina verbreiteten Muselmanen das Gerücht, daß die Befehung der Insel Poros gegenüberliegenden Küste von Epirus durch die Italiener bevorstehe. Dreißig italienische Fischer aus dem Peloponnes seien von dem italienischen Vizekonsul angewiesen worden, nach Italien zurückzukehren.

Neue Schwierigkeiten.

Rom, 5. September. (CP.) Die „Epoca“ meldet aus Janina: Der serbische Delegierte der Grenzbeobachtungskommission für die albanischen Grenzen habe ein dringliches Schreiben an seine französischen Kollegen gerichtet, in dem er sie auffordert, die Grenzfestsetzung im Nordosten gegen Gulari aufzugeben, da die montenegrinische Bevölkerung nicht daran denkt, das Albanien zugesprochene Gebiet zu räumen. Er fügte hinzu, daß seine Regierung die Garantien für die Sicherheit der französischen Delegation nicht übernehmen wolle. Andere Blätter, insbesondere das „Giornale d'Italia“ und der „Couriere d'Italia“ veröffentlichten ähnliche Informationen. Zahlreiche albanische Abgeordnete sind in Bologna

zusammgetreten, um über die Lage zu beraten. In Rom ist sogar das Gerücht im Umlauf, daß albanische Truppen an bestimmten Punkten der Grenze zusammengezogen würden.

Griechenland räumt Tenedos und Imbros.

Rom, 4. September. (CP.) Die Blätter melden aus Athen, daß Griechenland mit der Räumung der Inseln Tenedos und Imbros begonnen hätte und die Räumung von Karagatsch vorbereitet.

Für den Völkerfrieden.

Dresdner Tagung der Internationalen Frauenliga.

Dresden, 5. September. (M.B.) Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit ist vom 1. bis 6. September zu ihrer Exekutionstagung in Dresden zusammengetreten. Bereitet sind England, Frankreich, Bulgarien, Schweden, Ungarn, die Ukraine, Tschechoslowakei, Desterreich und Deutschland. Die erste Sitzung wurde von der zweiten Vizepräsidentin Frau Heymann (Deutschland) eröffnet. Hierauf begrüßte Ministerpräsident Dr. Zeigner die Versammlung namens der sächsischen Regierung. Er betonte, daß es ohne die Mitarbeit der Frauen keine Möglichkeit gebe, aus den Wirrnissen der Gegenwart herauszukommen. Nach dem Zusammenbruch, sagte er, haben wir große Hoffnungen auf die gemeinsame Zusammenarbeit der Völker gesetzt. Wir haben uns aber getäuscht, wie es jetzt auch wieder der italienisch-griechische Zwischenfall beweist. Der Ministerpräsident schloß mit dem Hinweis, daß die sächsische Regierung die Ideen der Frauenliga, die von vielen für eine Utopie gehalten würden, vollkommen teile und hoffe, daß sie den Sieg behalten würden. Die Vorsitzende dankte für die Begrüßung und betonte, daß erst durch eine Umstellung der Menschen zu einem anderen Geiste der Weg zu einem wahren Völkerfrieden freigemacht werden könne.

Völkerversöhnung und Genossenschaften.

Der Internationale Genossenschaftsbund ließ gelegentlich des diesjährigen britischen Genossenschaftstages seinem langjährigen Präsidenten William Magwell ein Goldenes Buch mit Widmungen von Genossenschaftlern aller Länder als Zeichen der hohen Verehrung namens der Genossenschaftler der ganzen Welt überreichen. Eine dabei von Magwell gehaltenen Rede galt der Völkerversöhnung durch die Genossenschaftsbewegung. „Patriotismus“, sagte er, ist eine schöne Sache im Mund eines Redners, der die Männer zum Hoesendienst aufruft, aber ein Patriotismus, der die ganze Menschheit umfaßt, ist höher, stärker, besser. Sogar während des großen Krieges erhielt ich Briefe, die mir zeigten, daß nicht einmal der Krieg den herrlichen genossenschaftlichen Geist beeinträchtigte. Auf dem Genossenschaftstag in Liverpool sagte ich, ich blicke vorwärts in die Zeit, da wir wieder den deutschen Freunden die Hand drücken würden. Darüber entstand einiger Ärger. Aber ich habe das nie zurückgenommen. Heute drücken wir den Deutschen wieder die Hand, und wenn die Deutschen weise sind, wird nie wieder Krieg in Deutschland sein, es sei denn, ein Einbrecher verursacht ihn.“

Die Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten Dato kommt am 24. September vor dem Madrider Strafgericht zur Verhandlung. Der Haupttäter Casanella ist in Rußland.

Verbrecherisches Spiel der Spekulanten.

Man kauft von der Reichsbank und verdient enorm.

Immer weiter setzt sich die Katastrophenhäufung am Devisenmarkt fort. Der New Yorker Schlupfurs wird hier nur noch wenig beachtet, so lange er keine höhere Marktbewertung aufweist als die Berliner Börse. Denn obgleich sich auch gestern die Mark in New York weiter abschwächte, liegt der Schlupfurs mit einer Parität von jetzt 14 Millionen dennoch beträchtlich unter dem Abendkurs für den Dollar in Berlin, der mit jetzt 17 Millionen genannt wurde. Das Spiel, das von der Spekulation augenblicklich getrieben wird, kann nicht anders als verbrecherisch genannt werden. Die Mißanteninteraktion der Reichsbank ist diesen Kreisen höchst willkommen. Man nimmt dieser zu niedrigen Kursen die Devisen ab, um sie eine halbe Stunde später um Millionen höher loszuschlagen. Erste Bankkreise sehen der weiteren Entwertung mit schwersten Bedenken entgegen.

Das Vorgehen der Reichsbank wird von ihnen scharf verurteilt, während die dunklen Elemente im Traben sitzen. Nach der Bedarf des Rheinlandes, des Westens überhaupt, erscheint auffallend groß. Es gibt nur ein Mittel, um dem freolen Spiel ein Ende zu machen, sofortige Schaffung der Goldmark! Bis diese jedoch in Umlauf kommt, muß die Papiermark erhalten bleiben. Dazu sind andere Maßnahmen nötig, als die nur kurze Zeit währende Reichsbankintervention und Eile ist geboten. Angesichts dieser Umstände treten die politischen Erwägungen an der Börse ganz in den Hintergrund. Eine Ueberblick über die Kursbewegung weist ein grelles Licht auf das Treiben der Spekulation. Am zehn Uhr morgens notierte der Dollar etwa 17 Millionen, um 11 Uhr 16 Millionen, um 12 Uhr 18 1/2 Millionen und gegen 1 Uhr 19 1/2 Millionen! Das Pfund wurde mit 89 Millionen gehandelt. Auch die Dollarkurse sind keine bloßen Nennungen, sondern es erfolgen daraufhin Umschlüsse.

Die Haltung des Effektenmarktes ist dementsprechend. Die Steigerungen sind teilweise enorm hoch, doch hat auf zahlreichen Märkten natürlich keineswegs eine Anpassung der Kurse an den augenblicklichen Stand eintreten können.

Italien und der Völkerbund.

Die gestrige Erklärung Mussolinis, daß Italien aus dem Völkerbund austreten würde, wenn der Völkerbundrat sich im italienisch-griechischen Streitfall als zuständig erklären sollte, ist politisch von hoher Bedeutung. Sie rechtfertigt die herbe Kritik, die von sozialistischer Seite an der gegenwärtigen Struktur des Völkerbundes geübt wurde, denn sie zeigt in einem eklatanten Falle, daß diese nach dem Weltkriege geschaffene Institution, die nach den Erklärungen ihrer Schöpfer den Frieden der Welt garantieren sollte, nicht einmal von ihren Mitgliedern ernst genommen wird. Ein Völkerbund, aus dem seine Mitglieder nach Belieben austreten können, wenn ihnen die Gefahr droht, wegen eines Verstoßes gegen die fundamentalen Satzungen des Bundes abgeurteilt zu werden, würde auch den letzten politischen Kredit verlieren, den er noch heute besitzt.

Die Rechtslage, die sich nach dem Statut des Völkerbundes für die Lösung des italienisch-griechischen Konfliktes ergibt, ist vollkommen eindeutig. Artikel 10 des Völkerbundsstatutes garantiert allen Bundesmitgliedern — in diesem Falle also auch Griechenland, das ebenfalls dem Völkerbund angehört — die Unverletzlichkeit des Gebietes und die politische Unabhängigkeit. Artikel 12 verpflichtet alle Bundesmitglieder, eine etwa zwischen ihnen entstehende Streitfrage entweder der Schiedsgerichtsbarkeit oder der Prüfung durch den Völkerbundsrat zu unterbreiten und in keinem Falle vor Ablauf von drei Monaten nach dem Spruch des Schiedsrichters oder dem Berichte des Rates zum Kriege zu schreiten. Artikel 16 bestimmt schließlich, daß, wenn ein Bundesmitglied entgegen seinen übernommenen Verpflichtungen zum Kriege schreie, diese Handlung ohne weiteres so angefallen wird, als sei sie gegen alle anderen Bundesmitglieder gerichtet. Auf den jetzigen Konflikt zwischen Griechenland und Italien angewendet, bedeuten diese Bestimmungen, daß nicht nur der Völkerbundrat für die Erledigung des italienisch-griechischen Streitfalles zuständig ist, sondern daß Italien durch die Befehung Korfus bereits eine Handlung begangen hat, die sich nicht nur gegen Griechenland, sondern gegen alle Mitglieder des Völkerbundes richtet.

Kun wird von italienischer Seite versucht, mit allerhand fadenscheinigen Gründen die Zuständigkeit des Völkerbundrates abzustreiten und die „Rechtmäßigkeit“ des selbständigen Vorgehens Italiens darzutun. Diese Argumente haben höchstens auf die deutschnationalen Genossenschaftler in der „Deutschen Tageszeitung“ Eindruck gemacht, deren Chefredakteur, ohne mit der Wimper zu zucken, erklärt, Italien habe an sich „ein berechtigtes Interesse zu verteidigen“. Für alle normal denkenden Menschen liegen vielmehr die Dinge so, daß das gewalttätige Vorgehen Italiens gegen Griechenland und die Bröckelung des Völkerbundes, durch die von italienischer Seite gemachten Ausflüchte und Hinweise, daß die Befehung Korfus keine kriegerische Handlung, sondern lediglich eine „Pfandnahme“ bedeute, nur noch greller unterstrichen werden. Insbesondere in Deutschland sollte man daran denken, daß jede unter dem Gesichtspunkt einer opportunistischen Augenblickspolitik vorgenommene Verschleierung des eigentlichen Sachverhaltes, die auf eine Begünstigung der Gewaltpolitik hinausläufe, die internationale Stellung Deutschlands und seinen Kampf gegen militaristische Gewalt- und Sanktionspolitik nur erschweren würde.

Für die Beurteilung der durch den jetzigen Streitfall geschaffenen europäischen Lage ist aber keineswegs nur der moralische Faktor maßgebend. Man mag noch so sehr den Zeitpunkt herbeiwünschen, wo die Beziehungen der Völker untereinander nach den Grundfäden der Menschlichkeit und Moral geregelt würden, die Erkenntnis des eigentlichen Charakters des bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters lehrt uns, daß Moral und Menschlichkeit auch auf dem Gebiete der äußeren Politik nur nach der völligen Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in eine sozialistische zum Siege gelangen werden. Für die gegenwärtige Periode der internationalen Politik ist nach wie vor das nackte Machinteresse der Staaten maßgebend, das höchstens durch die sich bahnbrechende Erkenntnis gemildert wird, daß die Schaffung von Völkerbundsinstitutionen, die den Konflikten zwischen den einzelnen Staaten vorbeugen könnten, praktischer und zweckmäßiger ist, als die uneingeschränkte Aufrechterhaltung der militaristischen Faustpolitik.

Unter diesem Gesichtspunkt muß auch die gegenwärtige Krise im Völkerbund gewertet werden, die durch das selbständige Vorgehen Italiens akut geworden ist. Trotz seines mehrfachen Versagens und seiner Schwäche, insbesondere in Fällen, die Deutschland betrafen, hat der Völkerbund, mit allen seinen Lücken und Mängeln, dennoch feste Wurzeln in der internationalen Politik gefaßt. Für die führenden Großmächte selbst würde sein völliger Bankrott eine starke Beeinträchtigung ihrer eigenen Interessen bedeuten. Deshalb ist das Bestreben begreiflich, daß insbesondere in England, in geringerem Maße in Frankreich, ein Kompromiß gesucht wird, das es ermöglichen könnte, unter Wahrung der Autorität des Völkerbundes der Prestigepolitik Italiens soweit entgegenzukommen, daß der Konflikt mit Griechenland, der außerordentliche Komplikationen nach sich zu ziehen droht, aus der Welt geschafft wird. Fraglich ist allerdings, ob ein Kompromiß, das die Uebertragung des Streitfalles aus dem Völkerbundsrat an den Botschafterrat vorzieht, dem Streben Italiens nach der Beherrschung des Adriatischen Meeres Genüge leisten würde. Denn letzten Endes liegt in diesem imperialistischen Machtstreben — dem u. a. auch die

Besehung Korfus und die immer feindseliger werdende Haltung Italiens gegen Südspanien dienen soll — der Schlüssel zu der Erkenntnis der italienischen Politik, ebenso wie in der Furcht Englands vor der Beeinträchtigung seiner vorherrschenden Stellung im Mittelmeere der Hauptgrund für sein Vorgehen gegen Italien zu suchen ist.

Beginnende Einsicht?

Eine deutsch-nationale Mahnung zur Vernunft.

Der „Tag“ veröffentlicht unter der Überschrift „Opposition und nationale Bejahung“ eine „Zuschrift von besonderer Seite“, die sehr im Gegensatz zu den Schimpfanreden unentwegter Patrioten, die nach der „nationalen Tat“, nach „aktiver Abwehr“ schreien, eine etwas tiefere Einsicht in Deutschlands Lage und der daraus sich ergebenden Notwendigkeiten bekundet. Die Zuschrift sucht den „gefühlsmäßigen Widerstand weiter nationaler Kreise im Lande“ damit zu erklären, daß für diese Kreise „der unabänderliche Widerstand im Ruhrgebiet . . . gleichbedeutend mit dem Bekenntnis zum Vaterland und zum Staat sei“, und daß diese Kreise glaubten, dieser Widerstand könne heute „infolge Anwachsens des nationalen Gefühls noch stärker durchgeführt werden als bisher“.

Der Schreiber im „Tag“ läßt deutlich erkennen, daß nach seiner Meinung diese naive gefühlsmäßige Auffassung auf vollkommener Verkennung der Tatsachen beruht. Er fordert deshalb den Reichskanzler auf, über Deutschlands Lage und Möglichkeiten offen zu sprechen:

„Der Reichskanzler würde die für die gesamte Entwicklung Deutschlands nicht ungefährliche Gefahr der Mißverständnisse auf beiden Seiten am schnellsten dadurch überwinden können, daß er noch offener als bisher von der Gefahr der Katastrophe in Deutschland sprechen würde. Würde dem deutschen Volke heute die Not erst durch Tatsachen offenbar werden, d. h. durch den völligen wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch mit allen seinen Folgen im Ruhrgebiet, so würde ein völliges Chaos der besten nationalen Wünsche und der furchtbarsten antinationalen Handlungen entstehen müssen. Das Volk muß heute sachlich auf den Weg der Politik, die uns aus wirtschaftlichen Gründen vorgeschrieben ist, gewiesen werden, bevor es zu Konflikten kommt. Noch ist die letzte Stunde, in der die Einheit des Reiches ohne ein Chaos erhalten werden kann, nicht vorbei.“

Auch der Reichskanzler hat in seiner Stuttgarter Rede davon gesprochen, daß es eine falsche Methode nationaler Politik sei, dem Volke die Lage anders zu schildern, als sie ist. Es gelte rückhaltlos die Wahrheit zu sagen. Wir möchten kaum glauben, daß die Kreise, die es angeht, die nationale Gesinnung in Erbpacht genommen haben, den Mut zu solcher Verantwortlichkeit und Ehrlichkeit finden. In der gleichen Nummer des „Tag“ tritt wenigstens von Lindener-Wildau, der deutsch-nationale Landtagsabgeordnete, dem Kanzler mit den Redensarten kleiner Wanderredner entgegen, die vom „marxistischen Sozialisierungsprogramm“ reden, wenn sie Steuern zahlen sollen. Stresemanns Aufforderung, sich dem Staat gegenüber bejahend zu stellen und sein Hinweis auf die so ganz andere Haltung der Demokraten von 1918 beantwortet er deutlich genug:

„Dawohl, Herr Stresemann, wir Deutsch-nationalen werden stets dort sein, wo die Fahnen unseres Landes wehen, aber nicht dort, wo sie niedergeholt werden!“

So redet man nach außen, im Innern weiß man selber ganz genau, daß die Verständigung, die man als Niederholen der Fahne bezeichnet, eine Notwendigkeit ist, um die nie-mand herumkommt.

Der Dolchstoß als Denkmal.

Es ist ein eigen Ding um deutsche Politik. Sie hat den Vorzug, den „Dolchstoß“ erfunden und in den Sprachgebrauch eingesetzt zu haben. Wenn Feldherrn unterlegen oder zusammenbrechen, dann liegt es — am Dolchstoß. Wenn die politische Führung versagt und ihre Unfähigkeit zum Zusammenbruch treibt, dann liegt es — am Dolchstoß. Daß nur Juden, Sozialisten und anderes undeutsche Gesehler an Deutschlands Niedertage Schuld ist, das ist den Kreisen

derer, die nicht alte werden, eine unumstößliche Wahrheit. Jetzt hat man es im Lande der Parchimer Wälder, der Rabaudanden und deutsch-politischen Agitatoren, in Mecklenburg, fertig bekommen, dem Dolchstoß sogar im Denkmal zu verewigen. Ein Kriegerdenkmal zur Ehrung der Gefallenen in Schwerin löst die Aufgabe.

Dieses Denkmal das vor einer Woche eingeweiht wurde, stellt den sterbenden Siegfried dar, dem die tödliche Wunde von Hagen in den Rücken versetzt wird. Die Enthüllung dieses einzigartigen Denkmals „zur Ehrung gefallener Kameraden“ hat in ganz Mecklenburg einen Sturm der Entrüstung erregt. Der Herr Minister, der die Einweihung vornahm, fühlte sich offenbar nicht recht wohl in seiner Rolle. Denn er meinte:

„Wohl entspricht der sterbende Siegfried in dieser Stellung der alten deutschen Sage, aber Ihre gefallenen Kameraden stellten sich todesmüde, in jäher Entschlossenheit, dem feindlichen Ansturm entgegen und empfingen in der Brust die tödliche Wunde.“

Deutscher konnte man den standeslosen Unflug, der mit dem Andenken an gefallene Volksgenossen getrieben wird, wohl nicht brandmarken. Um so unverständlicher ist es, daß überhaupt ein Minister an der Einweihung dieser völligen Verhöhnung des neuen Deutschland teilnahm, ja daß die republikanische Regierung von Mecklenburg die Aufstellung eines solchen „Denkmals“ überhaupt gestatten konnte. Sind denn die Demokraten in Mecklenburg ganz von allen guten Geistern verlassen, daß sie die unverschämte Provokation nicht merken, die ihnen durch die Aufstellung einer solchen Dolchstoß-Säule angeht? Wir brauchen nicht zu versichern, daß unsere Genossen im Ministerium gegen die Genehmigung der Denkmalaufstellung gestimmt haben, aber von den bürgerlichen Ministern überstimmt wurden.

Der Kampf der Ressorts.

Die Pressestelle des Reichsverkehrsministeriums sendet uns zu dem Beiratsartikel „Der Kampf der Ressorts“ in der Abendausgabe vom 31. August, der sich auch mit den Sonderprüfungsausschüssen der Reichsbahn beschäftigt, eine Zuschrift. Das Reichsverkehrsministerium legt Wert auf die Feststellung, daß die in dem Artikel zitierte Verordnung vom 14. April 1920 die Unterschrift der Reichsregierung trägt, so daß also die Reichsbahn nicht für diese Verordnung verantwortlich sei. Das Reichsverkehrsministerium befürchtet, daß durch den Artikel der Eindruck erweckt werden könne, als sei die Reichsbahn dennoch schuldig an dieser Verordnung.

Wieso das, was das Reichsverkehrsministerium fürchtet, aus unserem Artikel gefolgert werden könnte, ist uns allerdings nicht klar, aber wir wollen dem beim Reichsverkehrsministerium anscheinend vorhandenen Bedürfnis nach einer weiteren Aufklärung über die angebotenen Zusammenhänge und über die Herkunft der Sonderprüfungsausschüsse der Reichsbahn sehr gern Rechnung tragen.

Diese Verordnung der Reichsregierung vom 14. April 1920 ordnet an, daß die Errichtung der im § 104 des Betriebsvertrages vorgesehene Sonderprüfungsausschüsse für die einzelnen Zweige der Reichsverwaltung . . . auch durch die zuständige oberste Reichsbehörde getroffen werden kann“. Bei der Herstellung dieser Verordnung hat man anscheinend übersehen, daß „die zuständige oberste Reichsbehörde“ gleichzeitig der Arbeitgeber derjenigen Arbeiter und Angestellten ist, für die jene Sonderprüfungsausschüsse errichtet werden sollen, und diesem Sonderbegriff „Bersehen“ ist es zu danken, daß auf Grund der Verordnung vom 14. April 1920 der Herr Reichsverkehrsminister Groener — als „zuständige oberste Reichsbehörde“ und Arbeitgeber zugleich — in die Lage kam, in einer besonderen Verordnung vom 6. März 1921, die Errichtung von Sonderprüfungsausschüssen für Streitigkeiten zwischen der Reichsbahnverwaltung und den von ihr beschäftigten Arbeitern“ anordnen und die für ihre Tätigkeit maßgeblichen Bestimmungen treffen zu können. Im § 10 dieser Verordnung überträgt außerdem der Herr Reichsverkehrsminister Groener die Aufsicht über die Geschäftsführung der Schlichtungsstellen dem Reichsverkehrsminister, also wieder dem Arbeitgeber. Dieser merkwürdige Umstand, daß die Reichsbehörden als Arbeitgeber sich selbst ihre Schlichtungsausschüsse einlegen und obendrein die Geschäftsführung beaufsichtigen — das ist es, was wir treffen wollten. Schuld an diesem

System ist das Reichsverkehrsministerium als Behörde nicht, aber alle Vorteile aus ihm kommen dem Reichsverkehrsministerium wie allen anderen in der gleichen Lage befindlichen Reichsbehörden als Arbeitgeber zugute.

Monatszahlung der Beamtengehälter.

Heute nachmittag fanden im Reichsfinanzministerium mit den Beamtenorganisationen Besprechungen über die Erhöhung des Teuerungszuschlages für die erste Hälfte September statt. Gleichzeitig wird die geplante Abschaffung der vierteljährlichen Vorauszahlungen mit den Organisationen besprochen. Der Reichsfinanzminister hat dem Reichsrat einen Gesetzentwurf über die vorübergehende Aufhebung der vierteljährlichen Gehaltszahlungen zugehen lassen. Dieser Entwurf sieht vor, daß in Abänderung des Reichsbesoldungsgesetzes die Vierteljahreszahlung vorübergehend außer Kraft treten, und daß alle Beamten ihr Gehalt nunmehr monatlich in bar vorausgezahlt erhalten sollen. Zur Begründung der Vorlage werden die bekannten wirtschafts- und währungspolitischen Momente angeführt.

Steuerärgerzen.

München, 5. September. (U.) In einer Besprechung der Abordnung der bayerischen Landesbauernkammer beim Reichskanzler wurde der Protest der bayerischen Landwirtschaft gegen die neuen Reichsteuern besprochen. Die Vertreter wiesen darauf hin, daß die neuen Steuern für die Landwirtschaft nicht tragbar seien. Dr. Stresemann wies demgegenüber auf die allgemeine Lage hin. Es komme eben darauf an, alle Kräfte anzuspannen. Der gleichfalls anwesende Finanzminister gab zu, daß die neuen Steuern gewisse Härten mit sich bringen. Es soll eine Abmilderung hinsichtlich der Zahlungsstermine erfolgen. — Die Kreisbauernkammer von Ober-Bayern beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung eingehend mit der Frage der Steuerreform vom 11. August und nahm scharf Stellung gegen die neuen Gesetze, die eine Sozialisierung der Betriebe bedeuten. Es wurde eine sofortige Nachprüfung und Abmilderung verlangt.

Marktkrawalle.

Neuburg (Donau), 5. September. (U.) Im Städtchen Abensberg kam es anlässlich des sogenannten Silamons-Marties zu großen Krawallen zwischen Kommunisten und Marktvorkäufern. Die Polizei wurde von den Kommunisten gezwungen, den Festplatz zu verlassen, wobei sie mit Steinen beworfen wurde. Die Polizei mußte von der Waffe Gebrauch machen, wobei mehrere Personen schwer verletzt wurden. Abends 9 Uhr brach infolge Brandstiftung in einem Anwesen Feuer aus, das riesigen Schaden anrichtete. 11 Uhr abends kam von Regensburg herbeigerufene Landespolizei, die die Ruhe wiederherstellte.

Die Schülinge der Befahrung.

Verhaftete Separatisten.

Paris, 4. September. (U.) Nach einer Voranmeldung aus Düsseldorf hat gestern in Duisburg eine separatistische Versammlung stattgefunden, die durch das Eindringen der deutschen Polizei in den Saal gestört worden sei. Es seien 16 Arbeiter, die der separatistischen Partei angehörten, durch die deutsche Polizei in Mülheim verhaftet worden, angeblich weil sie gegen den passiven Widerstand optiert hätten. Das Direktorium der separatistischen Partei habe hierauf einen Protest an die Besatzungsbehörden gerichtet.

Bochum ohne Licht.

Bochum, 5. September. (U.) Seit mehreren Monaten befindet sich die gesamte Stadt und Umgebung infolge der Befahrung der Zechen Hannover, die Bochum mit Gas beliefert, ohne jegliches Beleuchtungsmittel. Die Unsicherheit in den Straßen wie auch die Zahl der schweren Verbrechen hat infolge der Beleuchtungsnot erheblich zugenommen.

Köln, 5. September. (U.) Die „Köln. Zig.“ meldet aus Düsseldorf: Der stellvertretende Regierungspräsident von Aemlungen ist von den Franzosen ausgewiesen worden; es ist der fünfte Stellvertreter des ausgewiesenen Regierungspräsidenten Dr. Grünher.

Ein Drama zur Verhöhnung der Republik.

Uns wird geschrieben:

Das Theater in der Königgräher Straße bringt unter dem Titel „Der Clown Gottes“ von H. W. Whilpp einen kitschig-opakuren Vorstadt-Kabarettstück zur Aufführung. Das Stück, das ebenso auf den Brettern einer Rotrotelnschemme dargestellt werden könnte, trägt den Untertitel „Eine groteske Tragödie aus dem Jahre 1919“.

Um seinen Schulden zu entfliehen, verkauft ein verkränkter expressionistischer Maler die Papiere eines Ertrunkenen mit den eigenen und beginnt dann unter dem zugelegten Namen des Verstorbenen ein neues Leben. Sein Defizit und ein verunglücktes Gemälde vermag er seinem Hauswirt. Der Minister für Kunst und Wissenschaft kauft in bornierter Unwissenheit den Schuld für teures Geld. Der Maler selbst wird wegen Mordes an dem Ertrunkenen angeklagt, unschuldig zum Tode verurteilt und auf den Richtplatz geschleppt.

Die einzig erkennbare Sentenz des ganzen Stückes besteht in einer höchst platten Verhöhnung der Republik und der Bestrebungen der sozialdemokratischen Arbeiterkraft. Um diese Abficht zu verwirklichen, läßt z. B. der Autor den Kultusminister als Vertreter der Republik unraffert und betont geschmacklos gekleidet auftreten und legt ihm in einer höchst lächerlichen Situation die Worte in den Mund: „Der Sozialismus marschier.“ Dabei nennt der Minister wie ein Befehlshaber auf der Bühne herum, höhnisch deklamierend: „Das ist der Tritt der Arbeiterbataillone.“ Als man ihn darauf aufmerksam macht, daß das zu kauende Bild in Del gemalt sei, meint er glückselig (als Kultusminister): „Del und Fette! Ah, sehr wichtig!“ Auf die Aussprüche des Ministers: „Wo ein Sessel ist, ist auch ein Hintern!“ — Wir sind eine Regierung der Tat! — Ich habe Gile, denn ich muß reden, reden, reden. Die frühere Regierung hat zwar auch geredet, aber nicht so viel, nicht so laut und nicht so lange“ sei besonders hingewiesen. Vollkommen kritisch lautet der Volksminister das wertlose Bild des verbummelten Malers für eine ungeheure Summe zur Aufstellung in einem Museum mit dem Bemerkung: „Die Nationen werden euch durch Steuern doch wieder abgeklopft.“ (Kafender Belsal der Börsenschieber.) Schließlich erklärt der Vertreter der Republik, auf einem Stuhl poetisch dem applaudierenden Hauswirt die Bedeutung seines Ministerpostens, als des erstrebenswertesten Zieltes auf Erden. — Wie diese sich in fast sämtlichen Akten wiederholenden, gegen die Republik gerichteten Anwürfe lassen sich auch dadurch nicht rechtfertigen, daß auf der anderen Seite ein physisch und psychisch verfallener reaktionärer Staatsanwalt, ein wellfremder, verdochterter Justizrat und ein zweifelzermürbter Pfarrer gleichfalls karikiert und völlig verzeichnet sind.

So gehen der Hinrichtung des unschuldig verurteilten Malers langatmige Ausführungen über den Reiz der Todesstrafe voraus, bis der Staatsanwalt mit verächtlicher Betonung der übrigens fesslichen Formel „Im Namen der Republik, deren Präsident das Begnadigungsgesuch abgeschlagen hat“, den Delinquenten dem Richter überreicht. „Sind Sie organisiert?“ wendet sich da der Verurteilte an den Henker und gibt ihm nach Verneinung dieser Frage den Rat, Akkordarbeit zu verweigern und zu streiken. Mit dieser geschmacklosen Verbindung von widerlichsten Strafvollzug und höhnischer Bepöbelung der selbstverständlichen Arbeiterforderungen endet der Unflug. „Wenn ihr jemand küssen wollt, kauft gefälligst den Dichter.“ ist der letzte Entrüstungsschrei des Verurteilten; dann fällt der Vorhang. Es ist so recht bezeichnend für den Geist des Theaters in der Königgräher Straße, daß dieselbe Reinhardt-Bühne, die aus Furcht, die gesunde Verdauung eines gewissen Theaterpubbels nicht zu stören, bei Strindbergs Trauerspiel seinerzeit die ergreifende Kohlenträger-spense strich, nunmehr aus dem gleichen Grunde mit dem „Clown Gottes“ ihre Winterspieltage einleitet. Theaterdirektor und Autor haben sich in dem Wert ihrer Kundschaft auch nicht getäuscht.

Das Premierrepublikum: Börjensjobber, reichgewordene Grünfrankhändler und die typischen Beamten der Reaktion rufen vor Begeisterung. Nur eine Dame mit Monatel, die von einem Kreis parfümierter Tauentzienstraßenknaben umgeben war, äußerte verächtlich: „Se'n Duatsch — es ist ja nicht mal unanständig!“ W. J.

Die Dauer der Erdstöße. Die Geschichte der Erdbeben zeigt, daß die Dauer der Erschütterungen mannigfachen Wechsel ausgesetzt ist. Man hat Erdbeben beobachtet, die kaum den Bruchteil einer Sekunde währten. Aber die Erschütterungen können einander in kürzester Frist mit solcher Schnelligkeit folgen, daß ihre Verwüstungen alle Vorstellungen übertreffen. Bei der Katastrophe von Ischia am 28. Juli 1883 war alles in 16 Sekunden vorüber. Dagegen hat man Fälle beobachtet, wo die Erdbebenwogen sich Monate im Jahre hindurch fortsetzten. Bei dem Erdbeben von Bissio im Valais wurde am 1. Juli 1855 ein starker Erdstoß bemerkt, der sich sogar bis Paris fortpropagte. Ihm folgte im Zeitraum von vier Monaten eine unerschöpfliche Zahl neuer, schwächerer Erdbeben, die erst zwei Jahre später, 1857, aufhörten. Auf den Sandwischstein konnten 1808 im Laufe eines einzigen Märzmonats 2000 Erdstöße beobachtet werden. Das Erdbeben vom 25. Dezember 1884 in Andalusien setzte sich bis zum 11. April des folgenden Jahres fort und zerstörte nach am letzten Tag eine Reihe von Häusern. Am 23. Februar 1887 vollzog sich an der Ligurischen Küste die Erschütterung in drei Folgen von Erdstößen; die erste und heftigste wurde in Mentone um 5 Uhr 38 Minuten verspürt und dauerte 90 Sekunden; dabei folgten die Schwankungen einander in Zeiträumen von zwei bis drei Zehntel Sekunden. Die zweite Erschütterung erfolgte 11 Minuten später und die dritte, schwächste, um 8 Uhr 14 Minuten. Aber die Erregung der Erde dauerte fort, und bis Ende Mai kam sie nicht wieder völlig zur Ruhe. In Dschifu in Japan verzeichnete man 1891 vom 28. De-

tober bis zum 10. November nicht weniger als 1360 Erdstöße.

Der Umfang der vertikalen Erdstöße und ihre Kraft können ungeheuer sein; bei dem ägyptischen Fort San Carlos wurde 1837 ein zehn Meter tief in die Erde gegrabener und dort mit Eisenklammern befestigter Fahnenmast gewaltig in die Luft geschleudert und bei der großen Erdbebenkatastrophe in Kalabrien 1783 sah man ganze Bauten wie von einer furchtbaren Explosion emporgeschleudert in die Höhe fliegen. Vierzehn Jahre später, bei dem Erdbeben, das Riobamba in Ecuador zerstörte, sand man nach der Katastrophe menschliche Leichen, die durch die Erdstöße über den Fluß und auf den Gipfel eines etwa 100 Meter hohen Hügelgels geschleudert waren.

Intermezzo in der Ordnungszelle. Wir lesen in unserem Münchener Parteiblatt:

Ort der Handlung: Gutbesuchtes Lokal beim Bahnhof (Wein und Bier). An einem Tisch ein stiller Mann mit Barbarosabart, gerötetes Gesicht, starr vor sich hinblickend, fraglich, ob aus innerer Bewegung oder Alkohol. Plötzlich ruft er mit mächtiger Stimme ins Lokal: „Wo ist der deutsche Mann, der gegen die Juden aufsteht?“

Es wird ruhiger im Lokal. Von einem Tisch, an dem mit Abzeichen geschmückte Vaterlandsfreunde sitzen, heben sich die Gläser dem Wärtigen Manne zu mit begeistertem Heilruf und Zuruf. Mit noch mächtigerer Stimme erwidert er: „Heil das Deutsche!“

Da, in die Stille, löst es von einem anderen Tische mit der Adresse an den Wärtigen: „Wann wirst du wieder die rote Armbinde anziehen wie bei der Räteregierung?“

Es wird still im Lokal, man wird aufmerksam. Die Vaterlandsfreunde schauen verdutzt. Nach einigem Zaudern erhebt sich der Wärtige und ruft — die Stimme ist nicht mehr so mächtig: „Wo ist der Unvernünftigste, der das sagt?“

In aller Ruhe steht ein einfacher, ergatterter Mann auf — ohne Abzeichen, tritt vor den Tisch des Wärtigen und sagt: „Hast du nicht die rote Armbinde getragen in der Räteregierung, du Rätebürgermeister von Landshut? Kannst du dich nicht mehr erinnern?“

Ein Raunen geht durchs Lokal — Räteregierung — Rätebürgermeister! Die Vaterlandsfreunde laugen noch verdutzt an Pfeife und Zigarre, die Heilrufe sind verstummt, es erfolgt kein Zuruf mehr.

Der Wärtige sinkt auf seinen Stuhl zurück und nach fünf Minuten stüßt er seinen Schlapput auf und verliert — schweigend und ohne Heilrufe — das Lokal . . .

Das erste Konzert des Berliner Sinfonie-Orchesters findet Donnerstag, 8. Ubr. im Saalbau Friedrichshain als Richard-Wagner-Abend statt. Solist: Nicolaus Lamborn.

Die Junge Bühne bringt Hermann Hagedorn's „Uebertreue!“ am Sonntag, 28. September, mittags 11 1/2 Ubr. im Städtischen Schauspielhaus zur Uraufführung. Regie: Leopold Jelinek.

Das literarische Echo (Herausgeber Dr. Ernst Heilborn, Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin) beschäftigt mit dem reichhaltigen Septemberheft seinen 25. Jahrgang. Vom neuen Jahrgang ab wird die Zeitschrift unter dem Namen „Die Literatur“ erscheinen und eine wesentliche Bereicherung ihres redaktionellen Teiles erfahren.

Ertragreiche Steuern.

Die Steuerbehörden machen Ernst! Steuerdrückbergerei gibt's jetzt nicht mehr. Das Reich braucht Geld. Wie es durch „rückwärtslose“ Steuerbeiträge zu Geld kommen kann, dafür nur ein Beispiel. Einem Angestellten, der sein mageres Gehalt durch gelegentliche journalistische Arbeiten zu erhöhen versucht, geht soeben vom Finanzamt Oberspreewald die feierliche „Einkommensteuerbescheid für das Kalenderjahr 1922“ zu. Auf Grund einer ausführlichen „Abrechnung“, an der verschiedene Beamte und Kassen beteiligt gewesen sind, wird verfügt, daß als Abschlußzahlung für 1922 noch 1670 M. (eintausendsechshundertundsiebzig Mark) zu leisten sind. Dieser Bescheid ist auf vier Folienseiten gedruckt und geschrieben, die einen Wert von beiläufig 50000 Mark repräsentieren dürften, an ihm haben mehrere Beamte mindestens je 10 Minuten lang für je 200000 Mark gearbeitet, und frankiert ist der Bescheid, der 1670+450 Mark einbringen soll, mit 36000 Mark! Bei so energischem und profitabilem Arbeiten der Finanzämter kann das Reich der weiteren Entwicklung seiner Finanzen geruhig entgegensehen. In Schwierigkeiten ist nur der arme Angestellte, dem der Bescheid zugegangen ist, denn er kann die angeforderten Steuern nicht bezahlen, beim besten Willen nicht bezahlen, weil ihm die dazu notwendigen Zahlungsmittel fehlen. Er ist daher unablässig auf der Suche nach einem 20-Mark-Schein und einem 50-Mark-Schein, die er zur Erfüllung seiner Staatsbürgerlichen Pflichten braucht, nachdem er die letzten in seinem Besitz befindlichen Scheine dieses Genres unlängst nach dem Sparrezept des „Vorwärts“ für — andere Zwecke aufgebraucht hat. Es liegt hier zweifellos ein sehr ernstlicher Notstand vor. Vielleicht entschließt sich die Reichsbank zur Herausgabe neuer 20-Mark-Scheine, damit zahlungswillige Jensten ihrer Steuerpflicht genügen können. Dann wäre der Kreislauf dieser famosen Art, dem Reiche Einnahmen zu verschaffen, wenigstens geschlossen. Wenn alle diese Steuerbeiträge zwischen 100 und 2000 M. mit der hier geübten Feinlichkeit und Rücksichtslosigkeit eingezogen würden, dann könnte vielleicht der Notstand von Industrie und Landwirtschaft nach Ermäßigung der Rhein-Ruhr-Abgabe und nach Entlastung von allen übrigen Steuern wenigstens in bescheidenem Ausmaße Erleichterung finden.

Präparierte Liköre.

Milliardendiebstahl mit Betäubung.

Eine gefährliche Bekanntheit machte kürzlich eine tiefge Dame. Zwei gut gekleidete Herren erbaten sich, ihre Patente zu tragen. Die achtsame Dame nahm das dankbar an. Nach einigen Tagen traf sie sich mit den „Kassierern“ wieder und besuchte mit ihnen mehrere Lokale. Am nächsten Morgen fand sie sich in der Charité wieder. Die Ärzte dort hatten große Mühe gehabt, sie aus einer schweren Betäubung wieder zu sich zu bringen. Alle ihre Schmuckstücke waren verschwunden. Kriminalkommissar Gennet und seine Beamten ermittelten, daß die beiden „Kassierer“, ohne Zweifel gewerksmäßige Spiegelschliffen, vorher eigen in ihr Beträuf gemischt. In der Pension brachten sie ihr dann noch weiter präparierte Liköre bei, um ihr unbehelligt die Schmuckstücke rauben zu können: ein Paar goldene Ohrringe mit je drei erbsengroßen Brillanten, 6 Ringe mit Brillanten, darunter 4 Korquitringe, ein goldenes Vorgehen mit langer goldener Kette, eine Stabbroche mit Rubinen und Brillanten, ein goldenes Armband mit Perlen und ausländischen Goldmünzen u. a. m. Der eine der Räuber erzählte, er heiße v. Reineke, sei aus Holland und habe drei Söhne in München studiert. Er ist etwa 1,75 Meter groß, hat volles schwarzes Haar, ein hohes Gesicht und war elegant gekleidet. Der zweite, etwas kleiner und blond, gab Bliaven als sein Heimort an und sprach gebrochen deutsch. Auf die Ergreifung der Verbrecher ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Mitteltungen, die vertraulich behandelt werden, an Kriminalkommissar Gennet im Zimmer 105 des Polizeipräsidiums.

Fälschung von Schecks.

Das Bankhaus Mendelssohn u. Co. gibt bekannt, daß Schecks, die von Mendelssohn u. Co. auf S. Bleichröder ausgestellt sind, gefälscht worden sind. Es handelt sich um Scheckformulare, die während der Zeit der Zahlungsmittelknappheit hergestellt wurden, um vorübergehend als Zahlungsmittelersatz zu dienen. Die Fälschung ist um so gefährlicher, als die gefälschten Scheckformulare aus demselben Papier hergestellt sind wie die echten und auch das Wasserzeichen tragen. Das Bankhaus Mendelssohn u. Co. sieht sich daher veranlaßt, die sämtlichen derart von ihm ausgestellten Schecks sowohl auf das Bankhaus S. Bleichröder wie auf die Berliner Handelsgesellschaft sofort aus dem Verkehr zu ziehen, und fordert sämtliche Inhaber solcher Schecks im Interesse ihrer eigenen Sicherheit auf, sie unverzüglich zur Prüfung der Echtheit und evtl. Einlösung bei ihr einzuliefern.

Der Brotpreis steigt weiter.

Wie der Zweigverband der Bäckermeister Groß-Berlins mitteilt, kostet vom 6. d. M. ab ein marktfreies Brot 1,050 000 M., eine marktfreie Schuppe 50 000 M. Die anderen Gebäckpreise werden dementsprechend erhöht.

Die Not der deutschen Verkehrsunternehmen.

Der Verein Deutscher Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatbahnen hat angeichts der außerordentlich gefährlichen Wirtschaftslage seiner Mitglieder eine außerordentliche Hauptversammlung auf Donnerstag, den 6. September d. J. nach Berlin einberufen. Zu der Tagung sind die Mitglieder des Reichstages sowie sämtliche beteiligten Reichs- und Staatsbehörden eingeladen worden.

Ein Krankenaufhalten-Zudeg.

Nach langen Verhandlungen, die zum Teil beim Oberpräsidenten stattgefunden haben, ist vor einigen Tagen die von allen Seiten gewünschte Vereinbarung zwischen der Stadt Berlin, den gemeinnützigen privaten Krankenaufhalten und den Krankenaufhalten zustande gekommen. Die Vereinbarungen tragen bis zu einem gewissen Grade den Charakter einer Interessengemeinschaft. Ihr Inhalt ist kurz folgender: Die Hauptverpflichtung der Stadt als auch in den gemeinnützigen privaten Krankenaufhalten nach einem Ander, der am Donnerstag jeder Woche herauskommt. Die neuen Sätze treten dann vom nächsten Montag ab in Kraft. Die Sätze sind gleich bei der Stadt und bei den gemeinnützigen privaten Krankenaufhalten. Es ist nur zu bemerken, daß der Satz, den die Stadt erhebt, nur zwei Drittel der Selbstkosten ausmacht, während die gemeinnützigen privaten Krankenaufhalten mit dem Satz, den sie bekommen, sich so einrichten sollen, daß ihre vollen Kosten damit gedeckt werden. Die gemeinnützigen privaten Krankenaufhalten können natürlich aus verschiedenen Gründen billiger wirtschaften, als die Stadt, weil manche Einrichtungen in den städtischen Anstalten unentbehrlich sind (z. B. wissenschaftliche Institute), die in den gemeinnützigen privaten Krankenaufhalten bei weitem nicht in diesem Umfange vorhanden sein müssen. Selbstverständlich werden bei der Stadt nachweislich minderbemittelte Nichterwerbstätige bei der Bemessung des Versorgungspreises berücksichtigt.

Millionen Tote in Japan.

Noch ist es ungewiß, ob die beispiellose Katastrophe, die das japanische Inselreich heimgesucht hat, auch nur das Ende ihres elementaren Charakters erreicht hat. Immer noch bebzt die Erde und nun fangen auch die Vulkane, deren nicht wenige in diesem Erdbebengebiet noch tätig sind, an, ihr fochendes Innere auszuspucken. Nicht ausgedenken sind die Schrecken, unter denen Millionen Menschen zugrundegehen mußten. Viel schlimmer noch als der offene Land- und Seerrieg ist solcher Waffentod, da die Menschen wenige Augenblicke vorher noch ahnungslos gewesen sind und die in unserem Gedächtnis haftenenden Greuel eines Bombenangriffs aus der Luft auf kriegsferne Städte verblissen in nichts neben solch entsetzlicher Großvernichtung von Menschenleben. Man liest erblickend von den Leichenhaufen in brennenden Ruinenstraßen, von zerschmetterten Krankenhäusern, deren Insassen statt Heilung den Tod finden, man denkt unwillkürlich an die nur Verletzten, an die hilflos hinterbliebenen, kleine Kinder wie greife Eltern...

Was kann alle Hilfsaktion der verschonten Vandestelle und der herbeigekommenen Kriegsschiffe nützen! Wenn sie den obdachlos Umherirrenden und den Ruinenbewohnern nur eine „Ernährung“ bieten könnte, wie sie Millionen Europäer im letzten Jahrzehnt genossen haben und wie sie heute wieder das Los so vieler Tausender Deutscher ist, so wäre das schon eine ungeheure Leistung. Kein Wunder, daß die Not zu Minderungen führt, daß der Kampf um das Allernötigste unter den Opfern tobt; mag sein, daß auch Verbrecher selbst dieses Elend noch auszunutzen suchen — wie es auch bei dem Getöse des Erdbebens, dem Krachen der Einstürze gefolgt ist da und dort auch noch das Knallen der Polizeiwaffen, gegen Plünderer abgefeuert. Aus Besorgnis, daß das Gefängnis von Kogaja dem Feuer zum Opfer falle, setzte man die 1500 Insassen in Freiheit, darunter auch mehrere politische Häftlinge, wie den Kommunisten Satai. Ein Attentat auf den neuen Premierminister Hamanoto mißglückte; immerhin muß mit dem Bande auch der Staat ins Wanken geraten sein, wird doch gemeldet, daß der Sitz der Regierung geheimgehalten werde.

Die Zerstörung von Bantzen, Geschäftshäusern, Fabriken und sonstiger Stätten des Wirtschaftslebens bringt auch die Dekonomie des japanischen Volkes in kaum vorstellbare Verwirrung, die noch ganz anders aussehen muß als etwa eine Zahlungsmittelnot, wie wir sie inmitten der Papiergeldflut ab und zu erleben. Und was ist unsere Lebensmittelpnappheit gegen einen Zustand, in dem plötzlich die Eisenbahnen und Bombstrahlen zugleich mit Vieh und Feld vernichtet werden!

Kein Zweifel — die Großmacht Japan ist gewesen. Gewiß wird bald japanische Organisation und Energie an den Wiederaufbau gehen; aber auf wie lange hinaus wird die Hauptanstrengung des Reiches der inneren Rettung dienen müssen und an aktive Außenpolitik wird es kaum denken können. Es wird wohl stark ausländische Hilfe, ausländisches Kapital in Anspruch nehmen müssen und, wie das Kapital schon ist, werden seine Garantieforderungen an ein halbzerstörtes Land hart sein. So droht Japan, das nach dem Weltkrieg als Ententegroßmacht dastand, nun zu allem auch noch die Abhängigkeit von fremdem Willen, und zu der Einbuße an Menschen, Gut und Kultur kommt dann noch ein Verlust an nationalem Selbstgefühl.

Die Aufgaben Japans.

London, 5. September. (U.) Die japanische Regierung hat angeichts des großen Erdbebens drei große Aufgaben zu lösen:

1. So schnell wie möglich zwei Millionen Obdachlose in Tokio und Yokohama sowie mehreren Millionen in den anderen Distrikten mit Nahrungsmitteln und Kleidung zu Hilfe zu kommen.

2. Für Ordnung und Beschwichtigung des Volkes Sorge zu tragen.

3. Den Wiederaufbau von mehreren hunderttausend zerstörten Häusern in Angriff zu nehmen und die Eisenbahnverbindungen wiederherzustellen.

Man nimmt an, daß die Unkosten mindestens 25 Milliarden Goldfranken betragen. Zum Zwecke einer ersten Abhilfe hat die japanische Regierung eine nationale Hilfskasse eröffnet. Die Krone hat eine Million Yen gezahlt. Die Regierung beabsichtigt mit 9 Millionen Yen. Das amerikanische Rote Kreuz bemüht sich, in den Vereinigten Staaten 500 000 Dollar aufzubringen. Besonders beängstigend ist das Versorgungsproblem. Aus Tokio wird mitgeteilt, daß die hungernde Volksmenge sich erhebt, und die Gendarmerie zu wiederholten Malen blutige Züge mußte, um der Unruhen Herr zu werden. Es heißt, daß zahlreiche Plünderer erschossen wurden. Zwei Kriegsschiffe sind aus Osaka in Tokio mit Fleisch eingelassen. Andere werden unangemeldet erwartet.

Opfer.

London, 5. September. (U.) Die „Times“ veröffentlichen eine zweite Meldung, nach der Ministerpräsident Yamato durch einen Einsturz der Zimmerdecke des Anwo-Klubs, in dem das Kabinett gebildet wurde, schwer verletzt wurde. — Der Leich des Barons Masakata ist mit den Leichen von Frauen und Kindern angefüllt, die sich in das Wasser stürzten, um den Flammen zu entgehen.

Immer neue Schreckensnachrichten.

Die Meldungen, die aus Japan eintreffen, nehmen immer katastrophaleren Charakter an. Eine Meldung aus Tokio spricht heute von 2 Millionen Toten. Eine andere aus Osaka spricht von 3 Millionen, davon allein für Tokio 300 000.

Ein Telegramm besagt, daß die Europäer in Yokohama und Tokio weniger heimgesucht wurden als die einheimische Bevölkerung. Nach einer Meldung aus Osaka haben die Behörden mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die ausgehungerte Bevölkerung plündert die noch vorhandenen Warenvorräte. Die wilden Tiere im Zoologischen Garten sind geblieben worden. Da Gefahr des Ausbruchs besteht. In Tokio ist der kaiserliche Palast den Fischlingen geöffnet worden, was in der Geschichte Japans einzig dasteht, da bisher noch kein Profaner

Theaterdirektor Dr. Johannes Lehmann wieder freigelassen. In einem Café verhaftet worden war der 32 Jahre alte aus Ostia in Rärnten gebürtige Theaterdirektor Dr. Johannes Lehmann, der am Rurfirstendamm 115 wohnte und das Theater im Schwedensaal in der Rurfirststraße ohne behördliche Erlaubnis eröffnet hatte und betrieb. Die Verhaftung erfolgte jedoch nicht wegen dieses Verstoßes, sondern auf Grund einer Anzeige wegen angeblichen Schandbetruges. Nach den Ermittlungen und Feststellungen scheint er aber keine betrügerische Absicht gehabt, sondern lediglich aus Mangel an Geschäftsfunde gehandelt zu haben. Die Kriminalpolizei setzte ihn deshalb wieder auf freien Fuß.

das Innere des mit hohen Mauern umgebenen Palastes gesehen. Aus dem Gefängnis von Ichigaya, das vor der Feuerbrunst bedroht war, hat man die 1500 Gefangenen, die sich darin befanden, freigelassen. Unter ihnen ist der bekannte Kommunistenführer Satai und mehrere Mitglieder seiner Partei, die erst kürzlich verhaftet worden sind.

Das Erdbeben dauert fort.

Nach einer Meldung aus Tokio sind dort zwei neue Erdbebenstöße verspürt worden. Mehrere hundert Häuser, die nach starken zusammengebrochen. Nach einer weiteren Meldung sind Yokohama und Tokio vollständig von Truppen eingeschlossen worden. Niemand darf ohne Erlaubnis in diese Städte eindringen oder sie verlassen. Der größte Teil der Bevölkerung kampiert in der Nähe dieser Städte. Der Hilfsdienst ist im Zentralbahnhof, der nur teilweise zerstört ist, untergebracht. Die Verpflegung der Bevölkerung werde dadurch erschwert, daß durch die Feuerbrunst 7 Millionen Tonnen Reis vernichtet wurden. Die Truppen sind gegenwärtig damit beschäftigt, die Leichen von den Straßen wegzuräumen. Diese werden einfach in die noch brennenden Häuser geworfen, was unter den obwaltenden Umständen das einzige Mittel ist, um Epidemien zu verhüten. Man glaubt, daß zwei Jahre nötig sind, um Tokio und Yokohama wieder aufzubauen.

Die Insel Benin verschwunden.

Wie aus Tokio gemeldet wird, ist die Insel Benin, von der kürzlich auf der letzten Washingtoner Abbestimmungskonferenz viel die Rede war, bei der letzten Katastrophe mitsamt ihrer ganzen Bevölkerung in Höhe von 5000 Personen vom Erdboden verfligt worden.

Nach einem Bericht aus Nagasaki vom Kapitän des Dampfers Shimpou Maru ist die ganze Stadt ein einziger Trümmerhaufen. Nicht ein einziges Gebäude ist unversehrt geblieben.

Zwei Inseln bei Yokohama, die von den Fremden als Sommeraufenthalt benutzt werden, sind vollkommen von Erdoberfläche verschwunden. Drei Kolonien in der Nähe der Küste wurden von der Springflut verdrängt.

Zerstörung der japanischen Industrie.

Die gewaltige Erdbebenkatastrophe in Japan zeigt ihre Auswirkungen auch in den Operationen der englischen Geschäfte und Handelswelt. Obwohl man das wirkliche Ausmaß der Katastrophe noch nicht kennt, nimmt man in diesen Kreisen doch an, daß auch die japanische Industrie zum großen Teile zugrunde gegangen ist. Eine ganze Anzahl der als völlig zerstört gemeldeten Städte waren japanische Industriezentren, und insbesondere Yokohama ist der Hauptproduktions- und Absatzplatz der japanischen Hansgeschäftsindustrie. Man geht wohl sicher in der Annahme, daß diese Industrie zumindest auf längere Zeit hin außerstande sein wird, bestehende Verträge auszuführen, geschweige denn neue Aufträge anzunehmen. Infolgedessen sind von England aus heute alle Handelsbeziehungen mit Japan suspendiert und alle Frachten mit der Bestimmung nach irgendeinem japanischen Hafen, soweit es noch möglich war, zurückgehalten worden, bis man ein klareres Bild über die Folgen der Katastrophe gewonnen haben wird.

Reuter berichtet aus Osaka, schätzungsweise werde eine Summe von mindestens einer Milliarde Pfund Sterling gleich ca. 20 Milliarden Goldmark für den Wiederaufbauwert in Japan erforderlich sein. Der Prinzregent hat 100 Millionen Yen für Hilfszwecke zur Verfügung gestellt.

Todesopfer der Ausländer.

Die Nachrichten über die bei der Katastrophe umgekommenen Ausländer sind, wie es in der Natur der Sache liegt, bisher keineswegs einheitlich. Reuter meldet aus Kobe, daß einige ausländische Flüchtlinge, die dort aus Yokohama eingetroffen sind, berichten, daß über 1000 ausländische Einwohner im Hafen von Yokohama umgekommen sind. Blättermeldungen aus Osaka zufolge sind, wie angenommen wird, 500 Ausländer im Bezirk Yokohama und in Osaka getötet worden. Der Klub und ein französisches Waisenhaus mit 60 Schwestern und 160 Kindern wurden bis auf die Grundmauern zerstört und alle Insassen getötet. Kaum ein einziges Mitglied der Konsulatsstäbe in der Nachbarschaft ist am Leben geblieben. Auch der gesamte Stab der Heilsarmee in Tokio, der 20 britische Offiziere und ihre Familien einschließt, ist umgekommen.

Eine furchtbare Tragödie spielte sich bei einer Eisenbahnstation in Tokio ab. Tausende von Flüchtlingen, die innerhalb der Station nicht mehr Schutz finden konnten, versammelten sich in dem daneben gelegenen Ueno-Park. Infolge des Ausbruchs eines Feuers wurde die Menge von Panik ergriffen und Frauen und Kinder wurden zu Tode getreten.

Die letzten Meldungen.

Paris, 5. September. (U.) Ueber die Feuerbrunst in Tokio wird aus Osaka gemeldet, daß der Bruch der Gasleitungen infolge des Erdbebens die Ursache für die katastrophale Ausbreitung des Brandes gewesen sei, durch die auch die größte Anzahl der Opfer verursacht wurden. 24 Stunden lang habe das Feuer gewütet, ohne daß man imstande gewesen wäre, seiner Herr zu werden. Erst nach Sprengung von mehr als hundert weiteren Bauten sei es den Soldaten gelungen, einen freien Zwischenraum zu schaffen, der das weitere Umsichgreifen der Flammen verhinderte habe. Der Flottenstützpunkt von Yokohama sei zum Teil durch Erdbeben, zum Teil durch die Flammen zerstört worden. Es verlautet, daß die auf gewissen Kriegsschiffen aufgestapelte Munition explodiert sei und die Schiffe zerstört habe.

In London ist ein weiteres Telegramm aus Peking eingegangen, wonach die Mannschaft einer vom Schiff Korea Yokohama gelandeten Hilfskompanie in der Stadt nur 10 000 Lebende vorgefunden habe. Die übrige zehnmal so starke Bevölkerung soll tot oder nach dem Innern des Landes geflüchtet sein.

Es wird angenommen, daß zum Wiederaufbau der Stadt Tokio zwei Jahre erforderlich sein würden. Der Schaden wird auf 5 Billionen Yen geschätzt. Ganz Kawazuchi in der Nähe von Tokio gleiche einer Ruine. Nach einer Havasmeldung aus New York sind 13 weitere Städte vollkommen zerstört worden. Nach einer weiteren Havasmeldung ist in San Francisco ein Funkentelegramm eingegangen, wonach die Lage in Tokio sich zu bessern beginnt. Es kann wieder für Wasser gefoch werden, auch die Beleuchtung ist in vier Stadtvierteln wieder hergestellt. Lebensmittel beginnen einzutreffen.

Inhaltsangabe auf Paketen nach den besetzten Gebieten. Postpakete nach den besetzten Gebieten müssen in der Aufschrift mit einer kurzen Inhaltsangabe versehen sein. Fehlt diese, so besteht die Gefahr, daß die Sendungen von den Kontrollstellen der Einbruchsmächte beschlagnahmt oder zurückgewiesen werden, zum mindesten aber Verzögerungen in der Weiterbeförderung erleiden.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Nimmlich kühl, zeitweise auffarend, jedoch überwiegend bewölkt bei mäßigen westlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

